

## Entwurf

**Geschäftsordnung der Ortschaftsräte der Stadt Köthen (Anhalt)<sup>1</sup>**

	§		§
<b>I. Sitzungen der Ortschaftsräte</b>		Unterbrechung, Verweisung und Vertagung	13
Einberufung, Einladung, Teilnahme	1	Niederschrift	14
Tagesordnung	2	Änderung und Aufhebung der Beschlüsse des Ortschaftsrates	15
Öffentlichkeit der Sitzung	3	Ordnung in den Sitzungen	16
Ausschuss der Öffentlichkeit	4	Ordnungsmäßigkeit gegenüber Zuhörern	17
Sitzungsleitung und -verlauf	5	<b>II. FRAKTIONEN</b>	
Einwohnerfragestunde	6	Fractionen	18
Anfragen an den Ortsbürgermeister	7	<b>III. Öffentlichkeitsarbeit</b>	
Beratung der Sitzungsgestände	8	Unterrichtung der Öffentlichkeit und Presse	19
Sachanträge	9	<b>IV. SCHLUSSVORSCHRIFTEN, INKRAFTTRETEN</b>	
Geschäftsordnungsanträge	10	Auslegung der Geschäftsordnung	20
Abstimmung	11	Sprachliche Gleichstellung	21
Wahlen	12	Inkrafttreten	22

Die Ortschaftsräte der Stadt Köthen (Anhalt) haben auf der Grundlage der §§ 45 Abs. 2 Nr. 2, 59 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.04.2019 (GVBl. LSA S. 66) sowie auf der Grundlage des Beschlusses über die Hauptsatzung der Stadt Köthen (Anhalt) vom 16.10.2014 in ihrer Sitzung am xx.xx.2019 folgende Geschäftsordnung beschlossen.

<sup>1</sup> Hinweis: Die Geschäftsordnung ist streng von der Hauptsatzung zu unterscheiden. In der Geschäftsordnung werden die inneren Angelegenheiten des Stadtrates geregelt. Die Geschäftsordnung ist keine Rechtsnorm, sondern Verwaltungsvorschrift. (vgl. Lübking/Beck, Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt, Stand: 46. EL, § 7 Rdnr. 6)

## **I. Sitzungen der Ortschaftsräte**

### **§ 1 Einberufung, Einladung, Teilnahme**

(1) <sup>1</sup>Der Ortsbürgermeister lädt zur Ortschaftsratssitzung im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister schriftlich oder elektronisch - mittels des Ratsinformationssystems der Stadt Köthen (Anhalt) - unter Mitteilung der Tagesordnung und Angabe von Ort und Zeit der Sitzung ein. <sup>2</sup>Die Ladungsfrist beträgt eine Woche.

(2) <sup>1</sup>Der Einladung sind die für die Verhandlung erforderlichen Unterlagen grundsätzlich beizufügen. <sup>2</sup>Für jeden Tagesordnungspunkt ist eine Sachdarstellung und ggf. ein Beschlussvorschlag (Sitzungsvorlage) des Oberbürgermeisters beizufügen, aus dem auch die Beschlüsse der beteiligten Ausschüsse ersichtlich sind. <sup>3</sup>Liegen besondere Gründe vor, kann beides ausnahmsweise nachgereicht werden.

(3) <sup>1</sup>Der Ortschaftsrat ist einzuberufen, sooft es die Geschäftslage erfordert, in der Regel alle zwei Monate, mindestens aber alle 3 Monate. <sup>2</sup>Der Ortschaftsrat ist unverzüglich einzuberufen, wenn es ein Viertel seiner Mitglieder unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangt oder sofern die letzte Sitzung länger als drei Monate zurückliegt und ein Mitglied des Ortschaftsrates die Einberufung unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt. <sup>3</sup>Der Antrag auf unverzügliche Einberufung des Ortschaftsrates nach Satz 2 ist schriftlich beim Ortsbürgermeister einzureichen.

(4) <sup>1</sup>Die Einladung hat so rechtzeitig wie möglich zu erfolgen, mindestens jedoch unter Einhaltung einer Frist von einer Woche vor der Sitzung. <sup>2</sup>Dies gilt nicht, wenn eine Sitzung des Ortschaftsrates vor Erschöpfung der Tagesordnung vertagt werden muss (§ 12 Abs. 5). <sup>3</sup>In diesem Fall kann die Sitzung zur Erledigung der restlichen Tagesordnung an einem der nächsten Tage fortgesetzt werden. <sup>4</sup>Eine erneute schriftliche Ladung sowie die Einhaltung einer Frist sind nicht erforderlich. <sup>5</sup>Die in der Sitzung nicht anwesenden Ortschaftsräte sind von dem neuen Termin unverzüglich zu unterrichten.

(5) <sup>1</sup>In dringenden Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden (Notfall), kann der Ortschaftsrat vom Ortsbürgermeister ohne Frist, formlos und nur unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden. <sup>2</sup>Ein Notfall ist gegeben, wenn die Beratung und Entscheidung über die Angelegenheit nicht bis zur nächsten Sitzung aufgeschoben werden kann, ohne dass nicht zu beseitigende Nachteile eintreten.

(6) <sup>1</sup>Wer nicht oder nicht rechtzeitig an einer Sitzung teilnehmen kann oder die Sitzung vorzeitig verlassen muss, zeigt dies dem Vorsitzenden des Stadtrates durch Ansage vor der Sitzung an. <sup>2</sup>Die Anzeige kann auch im Vorfeld im Ratsbüro der Stadtverwaltung erfolgen.

### **§ 2 Tagesordnung**

(1) <sup>1</sup>Der Ortsbürgermeister stellt die Tagesordnung im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister auf. <sup>2</sup>Die Tagesordnung gliedert sich in einen öffentlichen und in einen nichtöffentlichen Teil.

(2) <sup>1</sup>Auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Ortschaftsrates oder einer Fraktion ist ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung zu setzen. <sup>2</sup>Die Anträge sind dem Vorsitzenden oder dem Ratsbüro schriftlich oder elektronisch

zuzuleiten. <sup>3</sup>Anträge zur Tagesordnung können Ortschaftsratsmitglieder und Fraktionen bis spätestens 14 Tage vor der Sitzung stellen. <sup>4</sup>Dies gilt nicht, wenn der Ortschaftsrat den gleichen Verhandlungsgegenstand innerhalb der letzten sechs Monate bereits verhandelt hat, sofern nicht § 14 Abs. 2 zutrifft. <sup>5</sup>Betrifft ein Antrag eine Angelegenheit, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt fällt, ist der Antrag ohne Sachdebatte durch Beschluss des Stadtrates von der Tagesordnung abzusetzen. <sup>6</sup>Dem Oberbürgermeister muss Gelegenheit gegeben werden, zu allen Anträgen eine entsprechende Vorlage Stellungnahme mit seiner Beschlussempfehlung zu erarbeiten.

(3) <sup>1</sup>Nach erfolgter Einladung ist die Erweiterung der Tagesordnung um Angelegenheiten, die in öffentlicher Sitzung zu behandeln wären, nicht zulässig. <sup>2</sup>Die Erweiterung der Tagesordnung um eine dringende Angelegenheit, die in nicht öffentlicher Sitzung (§ 4) zu behandeln wäre, ist nur zu Beginn einer Sitzung zulässig, wenn alle Mitglieder des Ortschaftsrates anwesend sind und kein Mitglied widerspricht.

(4) <sup>1</sup>Der Ortschaftsrat beschließt bestätigt zu Beginn der jeweiligen Sitzung über die Feststellung der Tagesordnung und über die öffentliche oder nicht öffentliche Behandlung der Tagesordnungspunkte. <sup>2</sup>Auf Antrag kann über die Absetzung von Angelegenheiten von der Tagesordnung oder die Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte mit der Mehrheit der auf „ja“ oder „nein“ lautenden Stimmen entschieden werden. <sup>3</sup>Betrifft ein Antrag eine Angelegenheit, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt fällt, ist der Antrag ohne Sachdebatte durch Beschluss des Ortschaftsrates von der Tagesordnung abzusetzen.

### **§ 3 Öffentlichkeit der Sitzungen**

(1) <sup>1</sup>Alle Einwohner der Stadt Köthen (Anhalt) und seiner Ortschaften haben das Recht, an öffentlichen Sitzungen des Ortschaftsrates teilzunehmen. <sup>1</sup>Sitzungen der Vertretung sind öffentlich. <sup>2</sup>Sind die für Zuhörer vorgesehenen Plätze besetzt, können weitere Interessenten zurückgewiesen werden. <sup>3</sup>Zuhörer sind nicht berechtigt, in Sitzungen das Wort zu ergreifen oder sich selbst an den Verhandlungen zu beteiligen.

(2) <sup>1</sup>An den öffentlichen Sitzungen können Vertreter der Presse, des Rundfunks und ähnlicher Medien teilnehmen. <sup>2</sup>Absatz 1 Sätze 2 und 3 finden entsprechende Anwendung.

(3) <sup>1</sup>Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen öffentlicher Sitzungen durch Presse, Rundfunk und ähnliche Medien sind zulässig, wenn sie den Sitzungsablauf nicht beeinträchtigen.

### **§ 4 Ausschluss der Öffentlichkeit**

(1) <sup>1</sup>Durch Beschluss des Ortschaftsrates ist im Rahmen des § 52 Abs. 2 KVG LSA über den Ausschluss der Öffentlichkeit von einzelnen Tagesordnungspunkten zu entscheiden. <sup>2</sup>Soweit das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner dies erfordern, werden insbesondere in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

1. Personalangelegenheiten,
2. Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, deren nicht öffentliche Behandlung im Einzelfall von der Fachaufsichtsbehörde verfügt ist,
3. persönliche Angelegenheiten der Mitglieder des Ortschaftsrates,

4. Grundstücksangelegenheiten sowie die Ausübung des Vorkaufsrechtes,
5. Vergabeentscheidungen,
6. sonstige Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch Gesetz vorgeschrieben ist.

(2) <sup>1</sup>In nicht öffentlicher Sitzung gefasste Beschlüsse sind nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit oder - wenn dies ungeeignet ist - in der nächsten öffentlichen Sitzung bekannt zu geben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

## **§ 5 Sitzungsleitung und -verlauf**

(1) <sup>1</sup>Der Ortsbürgermeister hat die Sitzung unparteiisch zu leiten, er sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung und übt das Hausrecht während der Sitzungen des Ortschaftsrates aus. <sup>2</sup>Er ruft die Verhandlungsgegenstände auf und stellt sie zur Beratung und Beschlussfassung. <sup>3</sup>Will er zu einem Verhandlungsgegenstand als Mitglied des Ortschaftsrates sprechen, so muss er den Vorsitz für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung dieses Gegenstandes an seinen Stellvertreter abgeben.

(2) <sup>1</sup>Sind der Ortsbürgermeister und sein Stellvertreter verhindert, so wählt der Ortschaftsrat unter Vorsitz des an Jahren ältesten anwesenden Mitgliedes für die Dauer der Verhinderung, längstens für die Dauer der Sitzung, einen Sitzungsleiter aus seiner Mitte.

(3) <sup>1</sup>Die Sitzungen des Ortschaftsrates sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung,
4. Genehmigung Bestätigung der Niederschrift der vorangegangenen letzten Sitzung
5. Informationen der Verwaltung
6. Informationen des Ortsbürgermeisters
7. Feststellung Bestätigung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge
8. Bekanntgabe der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
9. Behandlung der Tagesordnungspunkte
10. Behandlung von Anfragen und Anregungen
11. Schließung der Sitzung

<sup>2</sup>Die Buchstaben Nrn. 4) bis 9) 4. bis 7. und 9. bis 10. sind jeweils im öffentlichen Teil und im nicht öffentlichen Teil durchzuführen.

(4) <sup>1</sup>Der Ortsbürgermeister informiert über alle wichtigen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen im Rahmen der Informationen des Ortsbürgermeisters. <sup>2</sup>Die Berichterstattung, die durch den Ortsbürgermeister mündlich erfolgt, wird im Protokoll festgehalten.

(5) <sup>1</sup>Die einzelnen Punkte der Tagesordnung kommen in der durch die Einladung festgelegten Reihenfolge zur Beratung und Abstimmung. <sup>2</sup>§ 2 Abs. 4 Satz 2 bleibt unberührt.

## **§ 6 Einwohnerfragestunde**

(1) <sup>1</sup>Der Stadtrat sowie seine Ausschüsse führen im Rahmen ordentlicher öffentlicher Sitzungen eine Einwohnerfragestunde durch.

(2) <sup>1</sup>Die Einwohnerfragestunde erfolgt in der Regel zum Beginn der Sitzung. <sup>2</sup>Abweichungen hiervon kann der Vorsitzende des Stadtrates in der Einladung zur Sitzung festlegen.

(3) <sup>1</sup>Der Vorsitzende des Stadtrates stellt den Beginn und das Ende der Fragestunde fest. <sup>2</sup>Findet sich zu Beginn der Fragestunde kein Einwohner ein, kann sie geschlossen werden. <sup>3</sup>Die Fragestunde soll auf höchstens 30 Minuten begrenzt sein.

(4) <sup>1</sup>Jeder Einwohner ist nach Angabe seines Namens und seiner Anschrift berechtigt, grundsätzlich eine Frage und zwei Zusatzfragen, die sich auf den Gegenstand der ersten Frage beziehen, zu stellen. <sup>2</sup>Zugelassen sind Fragen von allgemeinem Interesse, die in die Zuständigkeit der Stadt Köthen (Anhalt) fallen, insbesondere Fragen, die die Tagesordnung betreffen. <sup>3</sup>Die Fragezeit beträgt in der Regel drei Minuten. <sup>4</sup>Persönliche Angelegenheiten einzelner Personen können nicht Gegenstand der Einwohnerfragestunde sein. Über Ausnahmen entscheidet der Vorsitzende des Stadtrates.

(5) <sup>1</sup>Fragen, die die Tagesordnung betreffen, sollen bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes beantwortet werden. <sup>2</sup>Die Beantwortung der Fragen erfolgt in der Regel mündlich durch den Oberbürgermeister oder den Vorsitzenden des Stadtrates. <sup>3</sup>Eine Aussprache findet nicht statt. <sup>4</sup>Ist die Beantwortung der Frage in der Sitzung nicht möglich, erhält der Einwohner eine schriftliche Antwort, die innerhalb von vier Wochen erteilt werden soll. <sup>5</sup>Schriftliche Antworten sind dem Protokoll der auf die Beantwortung folgenden nächsten ordentlichen Stadtratssitzung beizufügen.

(6) <sup>1</sup>Auf die Einwohnerfragestunden in den Ausschüssen finden die Regelungen der Absätze 2 bis 5 entsprechend Anwendung. <sup>2</sup>An die Stelle des Vorsitzenden des Stadtrates tritt der Vorsitzende des Ausschusses.

(7) <sup>1</sup>In den Ortschaftsräten und ihren beschließenden Ausschüssen ist jeder Einwohner nach Angabe seines Namens und seiner Anschrift berechtigt, grundsätzlich eine Frage und zwei Zusatzfragen, die sich auf den Gegenstand der ersten Frage beziehen, zu stellen. <sup>2</sup>Zugelassen sind vorrangig Fragen, die die Tagesordnung betreffen und Fragen von allgemeinem Interesse, die in die Zuständigkeit der Stadt Köthen (Anhalt) fallen. <sup>3</sup>Die Redezeit beträgt in der Regel drei Minuten. <sup>4</sup>Persönliche Angelegenheiten einzelner Personen können nicht Gegenstand der Einwohnerfragestunde sein. <sup>5</sup>Die Absätze 2, 3 und 5 finden entsprechend Anwendung mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Vorsitzenden des Stadtrates der Ortsbürgermeister tritt.

## **§ 7 Anfragen an den Ortsbürgermeister**

(1) <sup>1</sup>Jedes Mitglied des Ortschaftsrates ist berechtigt, schriftlich oder in der Sitzung des Ortschaftsrates mündlich Anfragen zu einzelnen Angelegenheiten der Stadt/Ortschaft und der Stadtverwaltung an den Ortsbürgermeister zu richten.

(2) <sup>1</sup>Kann eine Anfrage während der Sitzung nicht sofort beantwortet werden, ist diese spätestens in der nächsten Ortschaftsratessitzung, im Rahmen der Informationen der Verwaltung, zu beantworten. <sup>1</sup>Kann eine Anfrage während der Sitzung nicht unverzüglich mündlich beantwortet werden, hat die Auskunft binnen einer Frist von in der Regel einem Monat schriftlich zu erfolgen. <sup>2</sup>Machen Inhalt und Umstände der Anfrage eine frühere Beantwortung notwendig oder auf Wunsch des Anfragenden, kann die Beantwortung vorab schriftlich oder in der nächsten Sitzung erfolgen. <sup>3</sup>Anfragen zur eigenen Unterrichtung, die nicht in der Sitzung gestellt werden, sind ebenso binnen einer Frist von in der Regel einem Monat schriftlich zu erteilen.

## **§ 8 Beratung der Sitzungsgegenstände**

(1) <sup>1</sup>Der Ortsbürgermeister eröffnet die Beratung zu dem jeweiligen Tagesordnungspunkt. <sup>2</sup>Bei Bedarf erläutert und begründet der Oberbürgermeister oder sein Vertreter bzw. ein Mitarbeiter der Verwaltung einleitend den Beratungsgegenstand. <sup>3</sup>Ergänzend kann sich der Vortrag eines Sachverständigen anschließen. <sup>4</sup>Diese haben bei nicht öffentlichen Sitzungen den Sitzungsraum zu verlassen, bevor in der entsprechenden Angelegenheit beraten wird. <sup>5</sup>Die Beratung des jeweiligen Tagesordnungspunktes erfolgt nach Wortmeldung durch Erheben der Hand bzw. beider Hände für Anträge zur Geschäftsordnung.

(2) <sup>1</sup>Die Mitglieder des Ortschaftsrates, die wegen persönlicher Beteiligung gemäß § 33 KVG LSA (Mitwirkungsverbot) von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen sein könnten, haben dies dem Ortsbürgermeister vor Beginn der Beratung des entsprechenden Tagesordnungspunktes unaufgefordert mitzuteilen und den Sitzungsraum zu verlassen. <sup>2</sup>Bei öffentlicher Sitzung kann sich das Mitglied in dem für Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes aufhalten.

(3) <sup>1</sup>Ein Mitglied des Ortschaftsrates darf in der Sitzung nur dann sprechen, wenn ihm der Ortsbürgermeister das Wort erteilt. <sup>2</sup>Das Wort kann wiederholt erteilt werden. <sup>3</sup>Der Ortsbürgermeister erteilt das Wort möglichst in der Reihenfolge der Wortmeldungen. <sup>4</sup>Melden sich mehrere Mitglieder gleichzeitig zu Wort, so entscheidet der Ortsbürgermeister über die Reihenfolge. <sup>5</sup>Der Oberbürgermeister bzw. sein Vertreter der Stadtverwaltung hat das Recht, im Ortschaftsrat zu allen Angelegenheiten zu sprechen. <sup>6</sup>Zur tatsächlichen und rechtlichen Klarstellung des Sachverhalts ist ihm auch außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort zu erteilen. <sup>7</sup>Bei Wortmeldungen „zur Geschäftsordnung“ ist das Wort außerhalb der Reihenfolge sofort zu erteilen.

(4) <sup>1</sup>Die Redner sprechen grundsätzlich von ihrem Platz aus. <sup>2</sup>Die Anrede ist an den Ortschaftsrat, nicht an die Zuhörer zu richten. <sup>3</sup>Die Redner haben sich an den zur Beratung stehenden Antrag zu halten und nicht vom Thema abzuweichen. <sup>4</sup>Der Ortsbürgermeister kann einen Redner, der vom Gegenstand der Beratung abkommt, zur Sache verweisen. <sup>5</sup>Auf diese Verpflichtung kann jeder den Ortsbürgermeister durch Zuruf hinweisen.

(5) <sup>1</sup>Die Redezeit beträgt für jede Rede 5 Minuten. <sup>2</sup>Das Wort kann zweimal noch einmal zum gleichen Tagesordnungspunkt dem gleichen Mitglied des Ortschaftsrates für 3 Minuten erteilt werden. <sup>3</sup>Bei der Aussprache über den Haushalt bzw. Nachtragshaushalt erhält jede Fraktion einmalig eine Redezeit von 15 Minuten. <sup>4</sup>Für die weitere Debatte zum Haushalt gelten die Sätze 1 und 2. <sup>5</sup>Der Ortsbürgermeister kann die Redezeit verlängern; bei Widerspruch entscheidet der Ortschaftsrat. <sup>6</sup>Für den Tagesordnungspunkt „Informationen der Verwaltung“ gelten die Sätze 1 bis 4 nicht.

(6) <sup>1</sup>Während der Beratung sind nur zulässig:

1. Zusatz- oder Änderungsanträge (Sachanträge) gemäß § 8
2. Anträge zur Geschäftsordnung gemäß § 9

(7) <sup>1</sup>Der Ortsbürgermeister des Ortschaftsrates und der Antragsteller haben das Recht zur Schlussäußerung. <sup>2</sup>Die Beratung des Tagesordnungspunktes wird vom Ortsbürgermeister des Ortschaftsrates geschlossen.

## **§ 9 Sachanträge**

(1) <sup>1</sup>Änderungs- und Ergänzungsanträge, soweit nicht Anträge nach § 2 Abs. 2, können bis zur Abstimmung gestellt werden. <sup>2</sup>Mündlich gestellte Anträge sind dem Ortsbürgermeister auch schriftlich vorzulegen. <sup>3</sup>Außerhalb der Sitzung können Anträge auch beim Ortsbürgermeister des Ortschaftsrates oder beim Oberbürgermeister bzw. sein Vertreter schriftlich oder zur Niederschrift eingereicht werden.

(2) <sup>1</sup>Die Anträge gemäß Absatz 1 müssen eine Begründung enthalten. <sup>2</sup>Anträge, deren Annahme Ausgaben verursacht oder erwarten lassen, die im Haushaltsplan nicht oder nicht ausreichend vorgesehen sind, dürfen nur beraten werden, wenn sie gleichzeitig mit einem Deckungsvorschlag verbunden sind.

(3) <sup>1</sup>Anträge können, solange darüber noch nicht abgestimmt wurde, von dem Antragsteller zurückgezogen werden. <sup>2</sup>Ein zurückgezogener Antrag kann von einem anderen Mitglied des Ortschaftsrates aufgenommen werden mit der Wirkung, dass über den aufgenommenen anstelle des zurückgezogenen Antrages abgestimmt wird.

## **§ 10 Geschäftsordnungsanträge**

(1) Folgende Anträge zur Geschäftsordnung können jederzeit gestellt werden:

1. Schluss der Rednerliste,
2. Verweisung an einen Ausschuss oder den Oberbürgermeister,
3. Absetzung einer Angelegenheit von der Tagesordnung oder Vertagung,
4. Verlängerung oder Verkürzung der Redezeit,
5. Unterbrechung, Vertagung oder Beendigung der Sitzung,
6. Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit,
7. Zurückziehung von Anträgen,
8. Anhörung von Personen, insbesondere Sachverständigen,
9. Feststellung des Mitwirkungsverbotes eines Ortschaftsratsmitgliedes,
10. Feststellung der Beschlussunfähigkeit des Ortschaftsrates im Verlauf der

Sitzung,

11. Fortsetzung der Sitzung nach 22:00 Uhr.

(2) <sup>1</sup>Der Antrag gemäß Absatz 1 Nummer 1) kann nur von Ortschaftsratsmitgliedern gestellt werden, die zu diesem Punkt nicht zur Sache gesprochen haben. <sup>2</sup>Vor der Abstimmung gibt der Ortsbürgermeister die noch vorliegenden Wortmeldungen bekannt.

(3) <sup>1</sup>Meldet sich ein Mitglied des Ortschaftsrates „zur Geschäftsordnung“ durch Erheben beider Hände, so muss ihm das Wort außerhalb der Reihenfolge erteilt werden. <sup>2</sup>Es darf dadurch kein Sprecher unterbrochen werden. <sup>3</sup>Bemerkungen zur Geschäftsordnung dürfen nicht länger als 3 Minuten dauern. <sup>4</sup>Sie dürfen sich mit der Sache selbst nicht befassen, sondern nur den Geschäftsordnungsantrag begründen. <sup>5</sup>Zu dem Antrag können die Fraktionen mit je einer Wortmeldung Stellung nehmen. <sup>6</sup>Danach ist über den Antrag durch den Ortschaftsrat zu entscheiden.

## **§ 11 Abstimmungen**

(1) <sup>1</sup>Nach Schluss der Beratung oder nach Annahme des Geschäftsordnungsantrages auf „Schluss der Rednerliste“ lässt der Ortsbürgermeister des Ortschaftsrates abstimmen. <sup>2</sup>Während der Abstimmung können keine weiteren Anträge gestellt werden. <sup>3</sup>Anträge über die abgestimmt werden soll, sollen vor der Abstimmung im Wortlaut verlesen werden, sofern sie den Mitgliedern des Ortschaftsrates nicht schriftlich vorliegen.

(2) <sup>1</sup>Über jeden Antrag oder Beschlussvorschlag ist gesondert abzustimmen.

(3) <sup>1</sup>Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so wird über sie in der nachstehenden Reihenfolge abgestimmt:

1. Anträge zur Geschäftsordnung,

2. Anträge von Ausschüssen oder von Ortschaftsräten in allen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen; über sie ist vor allen anderen Anträgen zum gleichen Sitzungsgegenstand abzustimmen,

3. weitergehende Anträge, insbesondere Änderungs- und Zusatzanträge, die einen größeren Aufwand erfordern oder die eine einschneidendere Maßnahme zum Gegenstand haben,

4. früher gestellte Anträge vor später gestellten, sofern der spätere Antrag nicht unter Nummer 1 bis 3 fällt.

<sup>2</sup>In Zweifelsfällen entscheidet der Ortsbürgermeister des Ortschaftsrates.

(4) <sup>1</sup>Vor jeder Abstimmung hat der Ortsbürgermeister des Ortschaftsrates die Frage, über die abgestimmt werden soll, so zu formulieren, dass sie mit „ja“ oder „nein“ beantwortet werden kann.

(5) <sup>1</sup>Nach der Abstimmung gemäß Absatz 3 ist der gesamte Antrag mit den beschlossenen Änderungen zur Abstimmung zu stellen.

(6) <sup>1</sup>Es wird offen abgestimmt. Die Abstimmung geschieht durch eindeutiges



Handzeichen. <sup>2</sup>Mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder kann eine namentliche Abstimmung verlangt werden. <sup>3</sup>Bei Anträgen zur Geschäftsordnung ist eine namentliche Abstimmung unzulässig. <sup>4</sup>Jedes Mitglied des Ortschaftsrates kann verlangen, dass in der Niederschrift vermerkt wird, wie es abgestimmt hat.

(7) <sup>1</sup>Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses nicht mit. <sup>2</sup>Der Ortsbürgermeister stellt anhand der Mehrheit der auf „ja“ oder „nein“ lautenden Stimmen fest, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt ist. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. <sup>3</sup>Das Abstimmungsergebnis gibt der Ortsbürgermeister unverzüglich nach der Abstimmung bekannt.

(8) <sup>1</sup>Wird das Ergebnis von einem Mitglied des Ortschaftsrates angezweifelt, so ist die Abstimmung zu wiederholen und das Ergebnis mit der Zahl der Ja-Stimmen, Gegenstimmen, Nein-Stimmen und der Stimmenthaltungen und ungültigen Stimmen festzuhalten.

9) <sup>1</sup>Über Gegenstände einfacher Art kann außerhalb einer Ortschaftsratssitzung im Wege der Offenlegung oder im schriftlichen Verfahren beschlossen werden. <sup>2</sup>Ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein stimmberechtigtes Mitglied innerhalb einer Woche nach Bekanntgabe des Beschlusses widerspricht.

## **§ 12 Wahlen**

(1) <sup>1</sup>Wahlen werden nur in den gesetzlich ausdrücklich genannten Fällen durchgeführt. <sup>2</sup>Sie werden geheim mit Stimmzetteln vorgenommen; es kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied widerspricht.

(2) <sup>1</sup>Zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen von Personen können Mitglieder der Verwaltung als Stimmzähler herangezogen werden.

(3) <sup>1</sup>Als Stimmzettel sind äußerlich gleiche Zettel zu verwenden. <sup>2</sup>Die Stimmzettel sind so vorzubereiten, dass jeder Kandidat durch ein Kreuz kenntlich gemacht werden kann. <sup>3</sup>Die Stimmzettel sind vor der Abgabe zu falten.

(4) Ungültig sind Stimmen, sofern der Stimmzettel:

1. nicht amtlich ist / nicht amtlich hergestellt ist
2. keinen Stimmabgabevermerk enthält,
3. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
4. einen Zusatz, Vorbehalte oder weitere Beschriftungen enthält,
5. mehr als eine Stimme für einen Bewerber enthält.

(5) <sup>1</sup>Die Auszählung der Stimmen in Anwesenheit der Mitglieder des Ortschaftsrates öffentlich zu erfolgen.

(6) <sup>1</sup>Gewählt ist die Person, die im ersten Wahlgang die Stimmen der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erhalten hat. <sup>2</sup>Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. <sup>3</sup>Im zweiten Wahlgang ist die Person gewählt, die die meisten Stimmen erhalten hat. <sup>4</sup>Ergibt sich im zweiten Wahlgang Stimmengleichheit, so entscheidet das Los, das der Vorsitzende zieht. <sup>5</sup>Soweit im ersten Wahlgang nur eine Person

zur Wahl stand und diese Person die erforderliche Mehrheit nicht erreicht hat, finden die Sätze 2 bis 4 keine Anwendung. <sup>6</sup>Der Vorsitzende gibt das Wahlergebnis unmittelbar nach der Wahl bekannt.

(7) <sup>1</sup>Sind mehrere Personen zu wählen, können die Wahlen in einem Wahlvorgang durchgeführt werden, indem alle Bewerber auf einem Stimmzettel erfasst werden und je zu besetzende Stelle eine Stimme vergeben werden kann. <sup>2</sup>Gewählt sind die Bewerber in der Reihenfolge der Zahl, der für sie abgegebenen gültigen Stimmen, wenn zugleich die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erreicht ist. <sup>3</sup>Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Vorsitzende zieht.

### **§ 13 Unterbrechung, Verweisung und Vertagung**

(1) <sup>1</sup>Der Ortsbürgermeister des Ortschaftsrates kann die Sitzung unterbrechen. <sup>2</sup>Er hat die Sitzung zu unterbrechen, wenn auf Antrag eines Mitgliedes des Ortschaftsrates ein entsprechender Beschluss von der Mehrheit der anwesenden Ortschaftsratsmitglieder gefasst wird. <sup>3</sup>Die Unterbrechung soll im Regelfall nicht länger als 15 Minuten dauern.

(2) Der Ortschaftsrat kann:

1. Tagesordnungspunkte zur nochmaligen Beratung an den mit der Vorberatung befassten Ausschuss zurückverweisen,

2. Tagesordnungspunkte zur erneuten Vorbereitung an den Oberbürgermeister zurückverweisen,

3. die Beratung über einzelne Punkte der Tagesordnung vertagen oder

4. die Tagesordnungspunkte durch eine Entscheidung in der Sache abschließen.

(3) <sup>1</sup>Über entsprechende Anträge ist sofort abzustimmen. <sup>2</sup>Der Entscheidungsantrag geht bei der Abstimmung dem Verweisungs-, dieser dem Vertagungsantrag vor.

(4) Jeder Antragsteller kann bei demselben Punkt der Tagesordnung nur einen Verweisungs-, Vertagungs- oder Schlussantrag stellen.

(2) <sup>1</sup>Nach 22:00 Uhr werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. <sup>2</sup>Der in der Beratung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt. <sup>3</sup>Danach ist die Sitzung zu schließen. <sup>4</sup>Sofern die Sitzung nicht gemäß § 1 Abs. 4 Sätze 3 bis 5 an einem der nächsten Tage fortgesetzt wird, sind die restlichen Punkte in der nächstfolgenden Sitzung an vorderster Stelle zu behandeln. "

### **§ 14 Niederschrift**

(1) <sup>1</sup>Über jede Sitzung des Ortschaftsrates ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Ortsbürgermeister, dem Oberbürgermeister bzw. einen Vertreter und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist. <sup>2</sup>Der Protokollführer ist ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung und wird vom Oberbürgermeister benannt.

(2) <sup>1</sup>Die Niederschrift muss mindestens enthalten:

1. Datum, Ort, Beginn und Ende der Sitzung sowie etwaige Sitzungsunterbrechungen,
2. die Namen der anwesenden und fehlenden Mitglieder des Ortschaftsrates Teilnehmer,
3. die Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung,
4. die Tagesordnung und ob die Beratung öffentlich oder nicht öffentlich stattgefunden hat,
5. den Wortlaut der Anträge und Beschlüsse
6. die Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen, bei namentlicher Abstimmung (§10 Absatz 6 Satz 3) ist die Entscheidung jedes Mitgliedes des Ortschaftsrates in der Niederschrift zu vermerken,
7. Vermerke darüber, welche Ortschaftsratsmitglieder verspätet erschienen sind oder die Sitzung vorzeitig oder wegen Befangenheit vorübergehend verlassen haben, wobei ersichtlich sein muss, an welchen Abstimmungen oder Wahlen und aus welchem Grund die Betroffenen nicht teilgenommen haben, (z.B. Mitwirkungsverbot),
8. Anfragen der Mitglieder des Ortschaftsrates und deren Beantwortung,
9. sonstige wesentliche Inhalte der Sitzung (insbesondere Einwohnerfragestunden, Ordnungsmaßnahmen),
10. Behandlung und Einwände gegen die Sitzungsniederschrift und Bestätigung der Sitzungsniederschrift der vorhergehenden Sitzung.

<sup>2</sup>Der Ortsbürgermeister und jedes Mitglied des Ortschaftsrates können verlangen, dass ihre Erklärungen wörtlich in der Niederschrift festgehalten werden. <sup>3</sup>Dies ist durch Wortmeldung vorher anzuzeigen.

(3) <sup>1</sup>Die Niederschrift ist allen Mitgliedern des Ortschaftsrates schriftlich oder elektronisch – mittels des Ratsinformationssystems der Stadt Köthen (Anhalt) - zuzuleiten.

(4) <sup>1</sup>Einwände gegen die Niederschrift sind dem Ortsbürgermeister vor der Sitzung schriftlich zuzuleiten. <sup>2</sup>Der Ortschaftsrat entscheidet in seiner nächsten Sitzung, ob und in welcher Weise die Niederschrift zu berichtigen ist. Wird der Einwendung nicht entsprochen, so ist das Mitglied des Ortschaftsrates berechtigt, die Aufnahme einer entsprechenden Erklärung in die Niederschrift zu verlangen.

(5) <sup>1</sup>Der Ortschaftsrat stimmt über die Niederschrift ab.

(6) <sup>1</sup>Zur Erleichterung der Erstellung der Niederschrift ist es dem Protokollführer gestattet, Tonaufzeichnungen anzufertigen. <sup>2</sup>Nach Fertigstellung, Unterzeichnung und Bestätigung der Niederschrift sind Tonaufzeichnungen zu löschen. <sup>3</sup>Es gilt § 3 Abs. 3.

(7) <sup>1</sup>Einwohnern ist die Einsichtnahme in die öffentliche Niederschrift zu gestatten.

## **§ 15 Änderung und Aufhebung der Beschlüsse des Ortschaftsrates**

(1) <sup>1</sup>Die Aufhebung oder Änderung eines Beschlusses des Ortschaftsrates kann von einem Drittel der Mitglieder oder vom Oberbürgermeister bzw. seinen Vertreter beantragt werden. <sup>2</sup>Der Ortschaftsrat entscheidet hierüber frühestens in der nächsten Sitzung durch erneute Beschlussfassung.

(2) <sup>1</sup>Ein Antrag nach Absatz 1, der abgelehnt wurde, kann innerhalb von sechs Monaten nur dann erneut gestellt werden, wenn sich die Sach- und/oder Rechtslage wesentlich geändert hat.

(3) <sup>1</sup>Ein Änderungs- oder Aufhebungsantrag ist unzulässig, soweit in Ausführung des Beschlusses des Ortschaftsrates bereits Rechtspositionen Dritter entstanden sind und diese nicht mehr aufgelöst werden können, weil dies mit vertretbarem Aufwand nicht möglich ist und/oder zu Schadenersatzansprüchen führen kann.

## **§ 16 Ordnung in den Sitzungen**

(1) <sup>1</sup>Der Ortsbürgermeister sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen und achtet auf die Einhaltung der Geschäftsordnung. <sup>2</sup>Er übt das Hausrecht aus.

(2) <sup>1</sup>Verstößt ein Mitglied des Ortschaftsrates gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung oder verletzt es die Würde der Versammlung oder äußert es sich ungebührlich, so kann er vom Ortsbürgermeister unter Nennung des Namens „zur Ordnung“ gerufen werden. <sup>2</sup>Persönliche Angriffe und Beleidigungen sind vom Ortsbürgermeister zu rügen. <sup>3</sup>Ist ein Mitglied in derselben Sitzung dreimal zur Ordnung gerufen und beim zweiten Mal auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes hingewiesen worden, so kann ihm der Ortsbürgermeister das Wort entziehen. <sup>4</sup>Entsprechendes gilt, wenn ein Mitglied vom Verhandlungsgegenstand abschweift und vom Ortsbürgermeister „zur Sache“ gerufen wurde. <sup>5</sup>Ist einem Mitglied des Ortschaftsrates das Wort entzogen, so darf es zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht mehr sprechen.

(3) <sup>1</sup>Der Ortsbürgermeister des Ortschaftsrates kann einem Redner, der die festgesetzte Redezeit überschreitet, das Wort entziehen, wenn er ihn bereits auf den Ablauf der Redezeit hingewiesen hat.

(4) <sup>1</sup>Der Ortsbürgermeister des Ortschaftsrates kann ein Mitglied bei grob ungebührlichem oder wiederholt ordnungswidrigem Verhalten von der Sitzung ausschließen. <sup>2</sup>Das Mitglied hat den Sitzungsraum zu verlassen.

(5) <sup>1</sup>Der Ortschaftsrat kann ein Mitglied, das wiederholt Zuwiderhandlungen gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung erlassenen Anordnungen begangen hat, durch Beschluss für höchstens vier Sitzungen ausschließen.

(6) <sup>1</sup>Wird die Ordnung in einer Sitzung gestört und gelingt es dem Ortsbürgermeister nicht sie wieder herzustellen, so kann er die Sitzung unterbrechen.

## **§ 17 Ordnungsmaßnahmen gegenüber Zuhörern**

(1) <sup>1</sup>Der Ordnungsgewalt und dem Hausrecht des Ortsbürgermeisters unterliegen alle Personen, die sich während einer Sitzung des Ortschaftsrates im Sitzungsraum aufhalten.

(2) <sup>1</sup>Wer als Zuhörer durch ungebührliches Verhalten die Sitzung stört oder Ordnung und Anstand verletzt, kann auf Anordnung des Ortsbürgermeisters aus dem Sitzungsraum verwiesen und notfalls entfernt werden, wenn er durch den Ortsbürgermeister vorher

mindestens ein Mal auf die Folgen seines Verhaltens hingewiesen wurde. <sup>2</sup>Entsteht während einer Sitzung des Ortschaftsrates unter den Zuhörern störende Unruhe, die den Fortgang der Verhandlungen in Frage stellt, so kann der Ortsbürgermeister des Ortschaftsrates nach vorheriger Ankündigung den für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes räumen lassen, wenn die störende Unruhe auf andere Weise nicht zu beseitigen ist.

## **II. FRAKTIONEN**

### **§ 18 Fraktionen**

(1) <sup>1</sup>Die Fraktionen geben dem Hauptverwaltungsbeamten von ihrer Bildung und namentlichen Zusammensetzung unverzüglich schriftlich Kenntnis. <sup>2</sup>Dabei ist auch mitzuteilen, wer Vorsitzender der Fraktion und dessen Stellvertreter ist. <sup>3</sup>Veränderungen sind dem Vorsitzenden unverzüglich mitzuteilen.

(2) <sup>1</sup>Eine Fraktion muss mindestens aus zwei Mitgliedern bestehen.

(3) <sup>1</sup>Ein Mitglied des Ortschaftsrates kann nicht mehreren Fraktionen angehören.

## **III. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**

### **§ 19 Unterrichtung der Öffentlichkeit und Presse**

Öffentlichkeit und Presse werden vom Oberbürgermeister über die Tagesordnung der Sitzungen des Ortschaftsrates sowie über den wesentlichen Inhalt der gefassten Beschlüsse unterrichtet.

## **IV. SCHLUSSVORSCHRIFTEN, INKRAFTTRETEN**

### **§ 20 Auslegung der Geschäftsordnung**

<sup>1</sup>Bei Zweifeln über Auslegung und Anwendung der Geschäftsordnung entscheidet der Ortsbürgermeister des Ortschaftsrates. Erhebt sich gegen seine Entscheidung Widerspruch, so entscheidet der Ortschaftsrat mit der Mehrheit der auf „ja“ oder „nein“ lautenden Stimmen. <sup>2</sup>Bei Stimmengleichheit ist der Widerspruch zurückgewiesen.

### **§ 21 Sprachliche Gleichstellung**

Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

### **§ 21 Inkrafttreten**

<sup>1</sup>Die Geschäftsordnung tritt mit Beschlussfassung des Stadtrates am xx.xx.xxxx in Kraft. <sup>2</sup>Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom xx.xx.xxxx außer Kraft.